

INTERESSENGEMEINSCHAFT BÜRGERINITIATIVEN INNSBRUCK IGBI

Sprecherin: Anita Stangl Tel. 0699-10019561

Komitee: Thomas Mayer, DI Leo Pertl, Walter Schiestl, Berthold Schwan, DI Siegfried Zenz

<http://www.buergerinitiativen-innsbruck.at/> mail: buergerinitiativen.innsbruck@gmail.com

Frau Bürgermeisterin, wir müssen darüber reden

Diskussion auf Augenhöhe

Migration, Bevölkerungsentwicklung, Stadtentwicklung

Eine Streitschrift

Vorbemerkung:

Diese Streitschrift richtet sich an die Frau Bürgermeisterin und an die Stadtregierung aus FI, ÖVP, SPÖ und GRÜNE. Sie entspringt der Sorge um eine gedeihliche Zukunft mit hoher Lebensqualität und sozialem Frieden in Innsbruck. Wir bekennen uns zu einer gesteuerten, maßvollen, sozialverträglichen, qualifikations- und bildungsorientierten Zuwanderung, die der Sicherung Innsbrucks als attraktiver Lebensraum und Wirtschaftsstandort dient.

Wir sind überzeugt, dass unsere Zukunft gemeinsam gestaltbar ist und nicht als alternativloses Diktat zu einer „multikulturellen Einwanderungsstadt“ über uns hereinbricht.

1. Diskussion auf Augenhöhe:

Eine umfassende Information ist die Voraussetzung für eine Diskussion „auf Augenhöhe“ der Bevölkerung mit den Stadtverantwortlichen.

Über Jahre erarbeitete Ergebnisse der Grundlagenforschung und der Zielvorstellungen für den vorliegenden Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes ÖROKO 2025 dürfen der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden, nicht weiterhin zu „non papers“ erklärt und deren Nichtherausgabe gar mit Amtsverschwiegenheit und widrigenfalls mit Amtsmissbrauch begründet werden.

2. Migration:

Die Ursachen von Migration sind vielfältig und reichen von Krieg und Verfolgung im Heimatland (**Flüchtlingsmigration**) über Perspektivlosigkeit im Hinblick auf Bildung oder Erwerbsmöglichkeiten bis hin zum Wunsch nach besseren Lebensmöglichkeiten (**Arbeits- und Wohlstandsmigration** aus EU-Staaten und Nicht-EU- Staaten).

„**Migrationspolitik braucht Akzeptanz**. Eine erfolgreiche Migrationspolitik braucht den **Rückhalt der Bevölkerung**“ (Migrationsbericht 2016). Ziel der Politik muss eine sichere und gesamtheitlich stabile und leistungsfähige Stadt sein, in der man in Wohlstand und sozialem Frieden leben kann. Daraus kann in Anlehnung an den Migrationsbericht 2016 abgeleitet werden:

- Migration ist zu steuern und an den Interessen der Bevölkerung zu orientieren.
- Qualifikations- und bildungsorientierte Zuwanderung ist vorrangig.
- Migration ist ein Privileg und nicht ein Recht.
- Nachfrage am Arbeitsmarkt ist vorrangig mit inländischen Arbeitskräften und darüber hinaus mit EU- BürgerInnen zu decken.

Nicht die Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 mit derzeit rund 1.900 Personen in Innsbruck ist das Hauptproblem für die Stadtentwicklung in Innsbruck, sondern die

Massenzuwanderung in den Jahren zwischen 2005 bis 2015 von rund 18.000 Personen (nahe 100% aus dem EU- und Nicht-EU- Ausland) und die prognostizierte, weiter anhaltende Massenzuwanderung bis 2025 von rund 25.000 Personen. (Bilder 1-3)

3. Bevölkerungsentwicklung

„Die Einwohnerzahl Österreichs wächst, gleichzeitig altert die Bevölkerung.....Das Bevölkerungswachstum ist nahezu ausschließlich durch Wanderungsgewinne (gemeint ist: Zuwanderung aus dem Ausland) begründet“ (aus: ÖROK-Regionalprognosen 2014).

Die Zahl der Innsbrucker (Inländer) mit Hauptwohnsitz in Innsbruck ist über die letzten 20 Jahre hinweg ziemlich konstant bei 100.000 Personen (Bild 1). Daran wird sich auch über die nächsten 10 Jahre nicht viel ändern. Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs in Innsbruck resultiert zu nahe 100% aus der Zuwanderung aus dem EU- und Nicht-EU- Ausland.

Innsbruck ist nach Wien die mit Abstand schnellst wachsende Landeshauptstadt Österreichs bei gleichzeitiger Beengtheit des Siedlungsraumes. Allein in den **letzten fünf Jahren** von 2011 bis 2016 hat die Bevölkerung um **11.118 Personen** zugenommen. Nahezu **gleich viel wie in den vergangenen 10 Jahren** von 2001 bis 2011! Das ist in etwa die Bevölkerung von Axams (2.500), Götzens(4.000), Mutters 2.000) und Natters (2.000) zusammengenommen! Dieser Zuwachs geht zu nahezu 100% auf das Konto des ausländischen Bevölkerungsteils, dessen Anteil an der Hauptwohnsitzbevölkerung sich in diesen fünf Jahren von 17,6% auf derzeit 25,2% erhöhte. Dieser Prozentsatz liegt bei der „anwesenden Bevölkerung“ (Hauptwohnsitz + Nebenwohnsitz) bereits bei 28,5%.

Bei der Betrachtung der Bevölkerungszunahme spielt die **Entwicklung der Studentenzahlen** eine bedeutende Rolle. So erhöhte sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Studierenden um rund 10.00 auf nunmehr ca. 34.000.

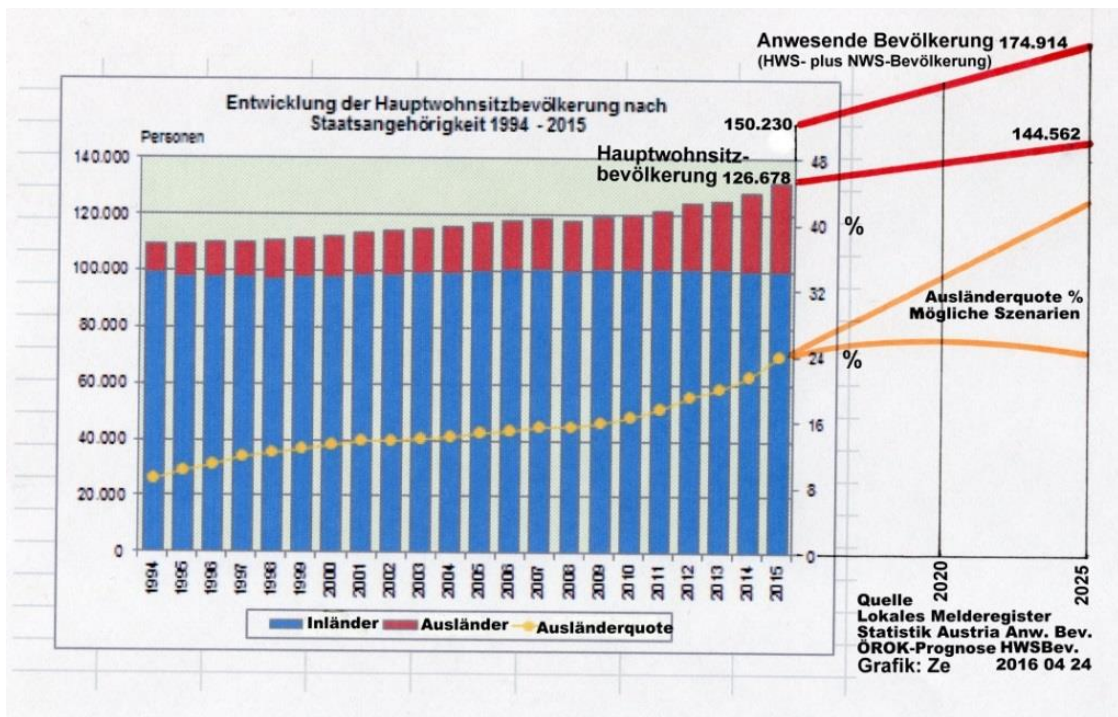


Bild 1: Entwicklung der Hauptwohnsitzbevölkerung nach Staatsangehörigkeit 1994-2015 und Prognosen.

Die Prognosen für das Jahr 2025 zeigen in Richtung 175.000 anwesender Bevölkerung (derzeit rund 150.000) bei einer Ausländerquote von 42%. Die Zahl der Inländer mit Hauptwohnsitz bleibt dabei weiterhin konstant bei etwa 100.000.

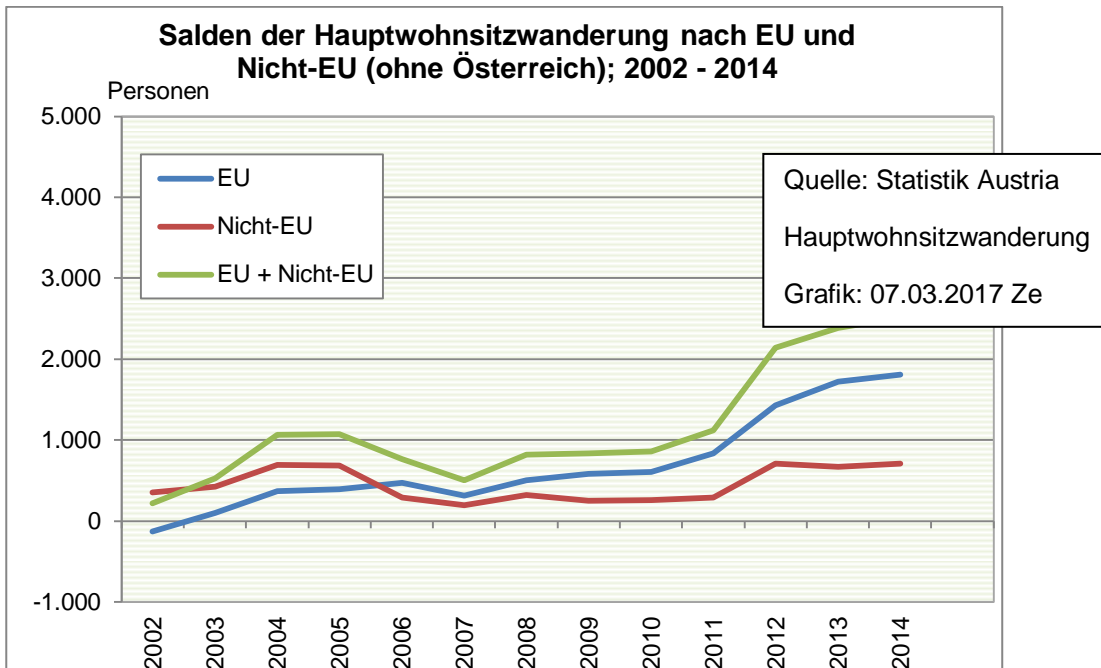


Bild 2: Jährliche Hauptwohnsitzzuwanderung Ausländer nach EU und Nicht-EU-Bürgern

Die Einwohnerzahl Innsbrucks wächst ungebremst und nahezu ausschließlich durch Zuwanderung aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland. Die Zuwanderung aus den EU- Ländern hat bereits 2006 die Zuwanderung aus den Nicht- EU-Ländern überholt und nimmt seit 2011 besonders stark zu. Innsbruck beherbergt derzeit (Ende 2016) 33.531 Ausländer mit Hauptwohnsitz und weitere rund 10.948 mit Nebenwohnsitz. Insgesamt also 44.479 Personen, das ergibt einen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von 29%.

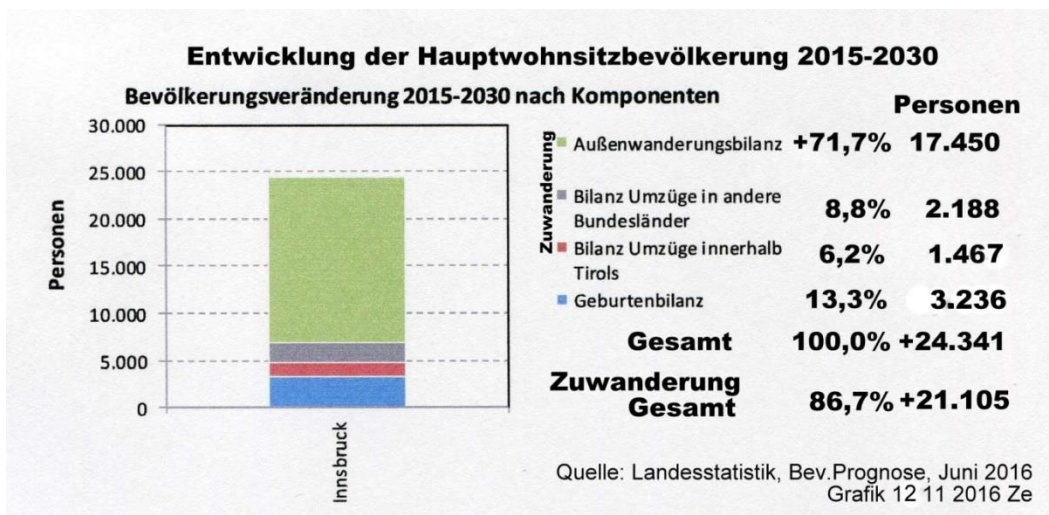


Bild 3: Entwicklung der Hauptwohnsitzbevölkerung Innsbruck 2015-2030. Prognose Landesstatistik Juni 2016

Aus der Bevölkerungsprognose der Landesstatistik vom Juni 2016 ergeben sich weitere Hinweise auf die Herkunft der Hauptwohnsitzbevölkerung bis 2030 in Innsbruck. Demnach kommen 71,7% oder rund 17.000 Personen aus außerösterreichischen Ländern. Beachtlich erscheint die Zunahme der Hauptwohnsitzbevölkerung durch die Geburtenbilanz von 13,3% (derzeit bei etwa 0%) oder rund 3.000 Personen, die der höheren Geburtenrate des nichtösterreichischen Bevölkerungsanteils geschuldet ist. Bei Berücksichtigung des Ausländeranteiles aus der Bilanz der innerösterreichischen Umzüge nach Innsbruck setzt sich der Bevölkerungszuwachs mit Hauptwohnsitz in Innsbruck 2015 bis 2030 aus rund 95% oder rund 23.000 Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft und rund 5% oder rund 1200 Österreichern zusammen.

Ausgehend von einer **anwesenden Bevölkerung im Jahr 2015 von 154.368** Personen **mit einem Ausländeranteil von 27%** (Statistik Innsbruck), plus prognostizierter Zuwachs von 24.341 Personen mit Hauptwohnsitz (obige Landesstatistik), plus prognostizierter Zuwachs von 10.000 Personen mit Nebenwohnsitz (Statistik Austria, Wachstumsvariante) ergibt sich eine **prognostizierte Zahl der anwesenden Bevölkerung in Innsbruck von 188.709 Personen im Jahr 2030** mit einem **geschätzten Ausländeranteil von 50%**.

INNS' BRUCK

JÄHRLICHER
Wanderungssaldo Binnen- und Außenwanderung seit 2005 - 2015
 (politischer Bezirk, Ausland) *HAUPTWOHNSITZ*

politischer Bezirk, Ausland	Jahr										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Imst	17	62	58	69	99	44	80	39	98	22	0
Innsbruck-Land	-385	-372	-217	-297	-159	-100	-436	33	-642	-677	-579
Kitzbühel	122	127	66	62	88	96	97	161	100	211	193
Kufstein	50	64	50	-16	83	67	58	37	50	85	58
Landeck	101	66	74	78	121	87	88	99	52	68	30
Lienz	55	42	79	88	88	81	61	56	63	50	94
Reutte	71	43	42	113	60	70	60	56	62	83	60
Schwaz	24	72	53	63	81	76	69	80	15	4	-21
<i>INNLAND</i>	<i>260</i>	<i>250</i>	<i>322</i>	<i>268</i>	<i>577</i>	<i>653</i>	<i>289</i>	<i>985</i>	<i>68</i>	<i>238</i>	<i>567</i>
Ausland	836	480	36	352	488	84	672	1.621	2.022	2.094	3.415
Insgesamt	1.096	730	358	620	1.065	737	961	2.606	2.090	2.332	3.982

Quelle: Statistik Austria; eigene Berechnungen

ERGÄNZT 4.4.2017

Zur Erklärung der Tabelle:
 Beispiel 1: Im Jahr 2015 verliert Innsbruck 579 Personen mit Hauptwohnsitz an den Bezirk Ibk-Land.
 Beispiel 2: Im Jahr 2014 beträgt die Zahl der Zuwanderer mit HWS 2.332. Davon kommen aus dem Inland lediglich 238 Personen oder 10,2 Prozent

Bild 4: Jährliche Zuwanderung mit Hauptwohnsitz in Ibk. 2005 bis 2015.

Die Zuwanderung nach Innsbruck, insbesondere aus dem Ausland, nahm in den letzten Jahren sehr stark zu. Interessant: Innsbruck verliert, entgegen anderslautender Infos, nach wie vor Bevölkerung in beachtlicher Zahl, an den „Speckgürtel“ Innsbruck-Land!

4. Stadtentwicklungskonzept ÖROKO 2025

Planungsziele,:

Im Rahmen der Arbeiten der Stadtplanung am seit Jahren überfälligen Stadtentwicklungskonzept ÖROKO 2025 werden wesentliche Ergebnisse der **Grundlagenforschung und der Zielvorstellungen der Öffentlichkeit vorenthalten**, zu „non papers“ erklärt und deren Nichtherausgabe gar mit Amtsverschwiegenheit und widrigenfalls mit Amtsmissbrauch begründet.

Bruchstückhaft lassen sich einzelne Zielvorstellungen erkennen:

- **URBAN –ALPIN** soll der Stadt als Brandzeichen aufgedrückt werden. Vor allem URBAN sollen Innsbruck und die Innsbrucker werden. Alpin sind wir schon.
- Die **Massenzuwanderung** der letzten 10 Jahre wird unreflektiert als Erfolg der Stadtpolitik im „Wettbewerb der Städte und Regionen“ dargestellt.
- *“Es ist schön, wenn Innsbruck als Stadt im Herzen Tirols ein **Anziehungspunkt für viele Menschen ist, die hier ihren Lebensmittelpunkt ansiedeln möchten.....**”* „Wer nach Innsbruck zieht oder hier wohnt, erwartet sich ein Paket an Infrastruktur vom Wohnen bis hin zum öffentlichen Verkehr oder Bildungs- und Kultureinrichtungen. Unser Ziel ist es, dies alles bestmöglich zu vereinen, **damit sich Innsbruck weiterhin im Wettstreit der Städte gut positionieren kann.** (Frau Bürgermeisterin im Heft April 2016 Innsbruck informiert).
- Noch immer wird Innsbruck als **Sehnsuchtsort für Zuzügler** propagiert.
- **„Es wird enger, wir müssen zusammenrücken, dichter und höher bauen“** (Planungsstadtrat Fritz). **„Alle müssen wir Opfer bringen“** (Bürgermeisterin Oppitz-Plörer). Oder in privilegierte Stadtteile oder Umlandgemeinden umziehen.(S.Zenz).
- Ein Abrücken vom Verdichtungswahn, der von der IG Bürgerinitiativen anhand von Beispielen (**Zima** „Q1, Leben am Pechepark“, Q2 „Stadt-Carre Wilten-Innsbruck“ in Planung, **Pema** „P1-Turm“, „P2-Turm“ in Bau, **Neue Heimat** (Südtirolersiedlungen), **IIG** (Pradl, Saggen, O-Dorf) immer wieder aufgezeigt wurde, ist nicht feststellbar. Ganz im Gegenteil. **Das Hochamt der Baulobby und Investoren wird unter tatkräftiger politischer Patronanz prolongiert und etwa am Beispiel Campagne zu neuen, nie gekannten „Hochpunkten“ der Baudichten gesteigert.**

Der auf maximalen Zuwachs ausgerichtete **„Wettbewerb der Städte und Regionen“** um Arbeitsplätze und Köpfe (Steuerzahler) zeigt vielfach bereits seine **Kehrseiten**, welche besonders die Bevölkerung in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld berühren und neben den Sorgen um Arbeitsplatz, Einkommen und leistbarem Wohnraum zusätzlich ein **Klima der Angst und Verunsicherung** bringen: Verlust von Lebensqualität und Sicherheit ganz allgemein, zunehmende Belastung der Umwelt durch Lärm, Verkehr, Luftverschlechterung (Luftsanierungsgebiet)....

Ob Innsbruck mit dem Diktat zu einer multikulturellen Einwanderungsstadt und dem Ziel, im Wettstreit der Städte (mit 175.000 Einwohnern und einer Ausländerquote von 42%) in 10 Jahren weiterhin als Stadt mit hoher Lebensqualität und als attraktiver Wirtschaftsstandort gut dastehen würde, ist mit Recht zu bezweifeln. Es muss und es wird, hoffentlich noch zeitgerecht, ein Umdenken stattfinden.

Die **Stadtregierung** ist sich der Dramatik der Massenzuwanderung seit Jahren bewusst, befeuert diese Massenzuwanderung weiterhin vorsätzlich und reagiert panikartig mit einer Unzahl von Wettbewerben, Projekten und Baumaßnahmen im Bereich des Wohnbaus. Die wahren Gründe dieser „Wohnbauinitiativen“ versteckt sie vor den Innsbruckern durch **Informations- und Diskussionsverweigerung**. Dabei täuscht sie für Teilbereiche oder Stadtteile **Bürgerbeteiligung** vor, die dem Bürger den **stadtweiten Gesamtzusammenhang und den Zusammenhang mit der Massenzuwanderung verunmöglichen und letztlich nur der Absegnung vorgegebener**

Verdichtungsprojekte, vorrangig für Investoren, IIG und NHT dienen. Aktuelle Beispiele hierzu: Weitere Verdichtung im O-Dorf, Abbruch und Verdichtung großer Teile der Südtiroler Siedlungen, Bebauung Campagne- Areal (mindestens 1000 Wohnungen in noch nie gekannter Dichte), 1500 Wohnungen in Hötting-West- Kranebitten....Immer wird gleich argumentiert: Wir brauchen Wohnungen, „es wird enger, wir müssen zusammenrücken, dichter und höher bauen ...“ (Planungsstadtrat Fritz). Der Frage: **Für wen bauen wir**, wird von der Politik ausweichend (...für Personal im Sozialbereich) oder falsch (...ehemalige Abwanderer ins Einfamilienhaus im Speckgürtel kommen reumütig ins inzwischen „urbane Innsbruck“ zurück) beantwortet. Dabei verliert Innsbruck jährlich rund 600 Personen an den „Speckgürtel“ Innsbruck Land (Bild 4). **Dabei ist die Antwort einfach: Zuwandernde Personen brauchen Wohnungen** (und vieles mehr); **für die prognostizierte Massenzuwanderung (nahezu 90% aus dem EU- und Nicht-EU- Ausland) von bis zu 25.000 Personen bräuchte es bis 2025 etwa 8.000 Wohnungen**. Das schaffen wir nicht. Dabei jubelt die Frau Bürgermeisterin in einem Leserbrief vom 27. Feber 2017: „Seit 2012 ca. 2.200 geförderte Wohnungen. Größte Wohnbauoffensive der letzten 40 Jahre.“ Oder: „190 Mio. Euro für den Bau von ca. 1000 Wohnungen am Campagne – Areal.“ **Diese Vorgangsweise widerspricht jeder wirtschaftlich, ökologisch oder sozial nachhaltigen Stadtentwicklung.**

5. Zusammenfassung

Diskussion auf Augenhöhe:

- Über Jahre erarbeitete **Ergebnisse der Grundlagenforschung** und der **Zielvorstellungen** für den vorliegenden Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes ÖROKO 2025 **dürfen der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden**, nicht weiterhin zu „non papers“ erklärt und deren Nichtherausgabe gar mit Amtsverschwiegenheit und widrigenfalls mit Amtsmissbrauch begründet werden. Dies ist die Voraussetzung einer Diskussion mit der Bevölkerung „auf Augenhöhe“.
- eine **umfassende Ursachenforschung und Situationsanalyse** der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie darauf aufbauende Grundsätze und Ziele, sowie Strategien zur Bewältigung kommender Herausforderungen im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes ÖROKO 2025 **sind vorrangig**.

Migration:

Arbeits- und Wohlstandsmigration

Abseits von der Asylfrage (Flüchtlingsmigration, derzeit rund 1500 Personen), zu der sich Innsbruck positiv einstellt und seinen Teil beizutragen hat, ist die derzeitige **Masseneinwanderung von Arbeits- und Wohlstandsmigranten von jährlich rund 2.500 Personen** aus EU-Staaten (ca 70%) und Nicht-EU- Staaten (ca 30%) geprägt.

Migrationsbericht 2016

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/migration/Migrationsbericht.pdf

In Übereinstimmung mit dem Migrationsbericht 2016 des BM für Inneres ist von der Stadtregierung zu fordern:

- Ziel der Politik muss eine **sichere und gesamtheitlich auch kulturell stabile und leistungsfähige Stadt** sein, in der man in Wohlstand und sozialem Frieden leben kann. Sicherheit, Stabilität und sozialer Friede kann nur gewährleistet werden, wenn alle bestehenden Systeme – wie z.B. Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit, öffentliche Sicherheit – weiterhin auf hohem Niveau leistungsfähig bleiben.
- **Migration ist daher zu steuern** und vorrangig an den Interessen der Bevölkerung (**Akzeptanz** und **Rückhalt der Bevölkerung**) und an der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Innsbruck zu orientieren.
- **Qualifikations- und bildungsorientierte Zuwanderung ist** vorrangig.

Wahlrecht

Im Zusammenhang mit dem stark steigenden ausländischen Bevölkerungszuzug und dabei besonders des Anteils der **Personen aus dem EU-Ausland** ist das **Wahlrecht** im Auge zu behalten. Dieser Personenkreis mit Hauptwohnsitz ist **schon heute auf Gemeindeebene wahlberechtigt**. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich bereits heute einzelne politische Gruppierungen daraus Vorteile durch neue Wählerschichten erhoffen. Angedacht ist zudem, das Wahlrecht auf die anwesende Bevölkerung auszuweiten.

7

Bevölkerungsentwicklung:

- Der bislang **ungebremsten Massenzuwanderung** und der künftig zu erwartenden **Migration muss entschieden entgegengetreten und auf ein sozial- und wirtschaftsverträgliches Maß reduziert werden**. Dabei sind Ausnahmen aus geltendem EU-Recht (Personenfreizügigkeit) dringend anzustreben. Derzeit stammen über zwei Drittel der ausländischen Zuwanderer oder **jährlich rund 1.800 Personen mit Hauptwohnsitz aus dem EU- Ausland**.
- Die bisher forcierte **Einladungspolitik** und Propagierung Innsbrucks als Sehnsuchtsland für Zuwanderer ist **auf Nachfrage und Qualifikation abzustimmen**.
- Die Zukunft **Innsbrucks als Universitätsstadt** hängt auch von der Qualität und den Schwerpunkten des Studienangebotes und der Attraktivität und Qualität des Lebensraumes ab. **Massenuniversitäten und weiterer starker Zuzug von Studierenden sind abzulehnen**.

Planungsziele, ÖROKO 2025

Regionale Ziele

Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Innsbruck ist ohne die **Sicht auf die Landesentwicklung** nicht mehr zeitgemäß. Zentralörtliche Einrichtungen,

- Bevölkerungsentwicklung und -verteilung, Wohnen, Arbeiten, Freizeiteinrichtungen und Infrastruktur sind zunehmend tirolweit abzustimmen.
- Im Zusammenhang mit dem **Schwerpunktprogramm „Heimat-Land-Lebensraum“** von Minister Andrä Rupprechter und der Aktivitäten **„Zukunftsraum Tirol 4.0“** des Landes/ Andreas Braun sollte zur Entlastung der Landeshauptstadt die Verlegung großer, für Innsbruck geplanter Einrichtungen wie etwa das Tiroler Technologiezentrum/Campus Technikerstraße oder der MCI- Campus am Hofgarten in abwanderungsgefährdete Landesteile (Außerfern, Osttirol, Oberland) angedacht werden.

Stadtentwicklung

- **Oberstes Ziel der Stadtentwicklung muss eine sichere und gesamtheitlich stabile und leistungsfähige Stadt sein, in der man in Wohlstand und sozialem Frieden leben kann.** Dazu gehört vorrangig, die Migration zu steuern und an den Interessen der Bevölkerung zu orientieren. Qualifikations- und bildungsorientierte Zuwanderung ist vorrangig.
- **Abkehr vom unreflektierten Wachstum** (Planungsstadtrat Fritz:“Es wird enger, wir müssen zusammenrücken, dichter und höher bauen”)
- Ausrichtung der Entwicklungsziele am **„Genug“ und zu einem „Gut miteinander leben“**
- Die historisch gewachsenen und neuen **Stadtteile** Innsbrucks stellen in ihrer Vielfalt den städtebaulichen Reiz Innsbrucks dar. Deren Charakteristik und Originalität ist im Einvernehmen mit der Bevölkerung weiter zu entwickeln.
- Stadtteil- und sozialverträgliche **Dichtebeschränkungen** bei Investorenprojekten ebenso wie bei städtischen Wohnbauprojekten sind unerlässlich. In Anlehnung an die BebauungsdichtenVO der Steiermark sollen maximale Baudichten für Wohngebiete (GFZ 1,4, BMD 4,2) und für Kerngebiete (GFZ 2,5, BMD 7,5) vorgegeben werden. Vergleichbare Baudichtenbeschränkungen finden sich etwa auch in der Deutschen BaudichtenVO.
Ein absolutes **Highlight an Baudichte im Wohngebiet** soll derzeit im Rahmen eines EU-weit offenen Architektenwettbewerbes auf der Grundlage des „Leitprojektes CAMPAGNE“¹ durch die Kompetenz der Jury und die Expertise des von ihr zu bestimmenden Wettbewerbssiegers abgesegnet werden. Die Vorgabe zur Bebauung des Baufeldes 1 am CAMPAGNE- Areal: Baudichte GFZ 5,0 (BMD 14,5), ca. 320 Wohnungen mit einem Anteil von 60% Kleinwohnungen mit 45 bis 55 m², 30% 3-Zimmerwohnungen mit 70-80 m² und 10% 4-Zimmerwohnungen, die “nicht über 90 m²“ sein dürfen, „da diese aufgrund der künftigen Mietzinsentwicklung sonst auf Dauer nicht mehr leistbar sind....“.
- Die **Erhebung des Wohnungsleerstandes** und die Mobilisierung dieses Potentials für den Wohnungsmarkt ist aktueller denn je. Erwähnenswert wie skandalös: Allein In der Südtiroler Siedlung (IIG, NHT) in Pradl stehen, teilweise schon seit Jahren, **350 Wohnungen, teils saniert oder kurzfristig sanierbar, leer.**

- Der **Wohnungsbestand** der Stadt (IIG, NHT) sowie künftig mit öffentlichen Mitteln (Tiroler Wohnbauförderung) finanzierte **Wohnungen sollen vorrangig der einheimischen Bevölkerung** zur Verfügung gestellt werden

¹ Die Ergebnisse des „Leitprojekt CAMPAGNE“ basiert „auf der gemeinsamen Arbeit eines breit abgestützten Kooperativen Planungsverfahrens“ im Zeitraum von April bis Juli 2016. Im Bericht des Leitprojektes werden über 50 Personen als Projektbeteiligte aufgelistet, angeführt von der „Lenkungsgruppe“ mit der Frau Bürgermeisterin, mit den Regierungsmitgliedern Fritz, Kaufmann, Pechlaner, Pitscheider, Vertretern der Stadtplanung und des Gestaltungsbeirates, von Experten der Stadt sowie externe Experten. Unter der Regie von Planungstadtrat Mag. Gerhard Fritz wurde dieses, auch fachlich als zweifelhaft angesehene Planungsverfahren gewählt, bei dem Gott und die Welt als „Mittäter“ aufscheinen, aber letztlich niemand die Verantwortung für das Ergebnis übernimmt.

25. April 2017

DI Siegfried Zenz

The image shows several handwritten signatures and text in cursive script. On the left, the name 'Siegfried Zenz' is written. In the center, there is a signature that appears to be 'Gerhard Fritz'. To the right, there are several other signatures, including one that looks like 'Pitscheider' and another that is less legible. The signatures are written in black ink on a white background.